

So lange der Imperialismus vorherrschend war, aber auch nur so lange durfte auf dem politischen Programm der Arbeiterklasse das gleiche und geheime Wahlrecht stehen. Je weiter die ökonomische Entwicklung fortschreitet, desto eher verschiebt sich das Programm, während wir gestern als unterdrückte Klasse das freieste Wahlrecht forderten, müssen wir heute den Träger der gestürzten Klasse vom Wahlrecht ausschalten. Das ist nur die Konsequenz des proletarischen Klassenkampfes.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann nicht das Werk von Tagen sein, er kann aber auch nicht das Werk von entgegengesetzten Klassen sein, niemals kann man mit Hilfe der Bourgeoisie die Bourgeoisie überwinden. Eine Interessensharmonie besteht nicht. Die Arbeiterklasse als zur Zeit herrschende, hat demnach nur die Konsequenz, durch ihr Klassenbewußtsein alles andere Entgegengesetzte auszuschalten. Die politische Beteiligung der Bourgeoisie, das Wahlrecht für alle, kann erst dann zur vollen Entfaltung kommen, wenn es keine Klassen und demnach keine Bourgeoisie mehr gibt. Der Programmpunkt der politischen Demokratie ist nicht klassenbewußt, er ist konterrevolutionär im Sinne des Sozialismus. Aber demnach ist die Nationalversammlung, die Wahlen zu derselben, überhaupt jede Aktion, an dem die Träger der gestürzten herrschenden Klasse teilnehmen, konterrevolutionär. Die Konsequenz des Klassenkampfes kennt keine politische Demokratie, sie proklamiert erst diese, wenn die Ausschaffung der Klassen vollzogen ist, wenn die wirtschaftliche Demokratie die politische Demokratie bedingt. Der Bürgerkrieg, die Verhinderung von allgemeinen Wahlen ist nur die logische Folge des Klassenkampfes. Wenn deshalb heute Arbeiterparteien die politische Demokratie durchführen wollen, so verletzen sie ihre vitalsten Interessen als Klasse. Die ökonomische Entwicklung bedingt die konsequente Klassenkampftaktik; ob nun dieselbe durch ein Räteystem oder durch eine andere Regierungseinrichtung verkörpert wird, bleibt sich gleich, solange der Klassenkampfcharakter gewahrt bleibt. Die Arbeiterschaft als Klasse muß demnach eine andere Haltung zur jetzigen Situation einnehmen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Die Parole muß gemäß ihres Klassenbewußtseins lauten: Durch wirtschaftliche Demokratie zur politischen Demokratie, denn die Geschichte aller Kämpfe ist die Geschichte von Klassenkämpfen. (Schluß.)

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!

### Schwur.

(Den gefallenem Brüdern.)

An Euren Gräbern steht der Arbeit Volk,  
Dem Ihr ein hoffnungstreiches junges Leben,  
Als kühn zum Sturm der Freiheit Banner flog,  
Im Kampf um Höchstes habt dahin gegeben.

Es bahnten eure Leiber todtbereit  
Den Weg ans Licht für der Empörung Massen.  
Als Euer Herzblood floß, pocht' neue Zeit  
Und dröhnt ein neuer Takt auf allen Gassen.

Ihr seid die Flamme, die den Weg uns weist  
Des Kampfes durch der Knechtschaft schwarze Nacht!  
Drum soll's ein Gelöbniß sein,  
Daß wir nicht eher ruhn, bis es vollbracht!

Carl Happ.

### Note Reaktionäre!

Mit Eurem Fusel habt Ihr es getränkt, betäubt,  
Als Sehnsucht nach Erlösung jäh das Volk ergriff.  
Sein billig Gift erlödete die Hirne,

Das es,  
Von Freiheit, Gleichheit hörend  
Nur an den Gaumen und den Magen denkt.  
Ihr seid die Väter der Revolten,  
Die Ihr schon zeugend habt vergiftet  
Und nun mit Geifer überschüttet,  
Mit Demagogenfusel habt Ihr auch die Zeit vergiftet,  
Das, ihrem Schoß entsprossen,

Revolution —

Wie ein erlöschend Licht nur flackert.  
Sedoch die Mutter Zeit ist noch nicht tot,  
Es bergen mächt'ge Kräfte ihre Brüste,  
Und auch ihr Schoß ist nicht verdorret!

Hans Richter.

### An die Leser des „Kommunist“.

Wir verabsolgen unseren Lesern die erste, nach Schließung unserer Druckerei wieder erscheinende Nummer der „Arbeiterpolitik“ mit dem Ersuchen, diese Wochenschrift zu abonnieren. Die Filialexpeditienten und die Genossinnen, welche den Vertrieb des „Kommunist“ bisher in der Hand hatten, nehmen Abonnements entgegen.

Verlag „Der Kommunist“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck: „Merkur-druckerei“, Hansastr. 108, sämtlich in Bremen.

Int. Institut  
Soc. Gechiedenis  
Amsterdam

# Arbeiterpolitik

4. Jahrg. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 9

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
Grote Nr. 26

Bremen, 1. März 1919

Einzel-Nummer 20 Bfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Bfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Postgeld

### Inhalt:

Die Gegensätze im Programm der U. S. P. und der R. P. D.	Seite 365
Die Rechnung. Von R. Horner	366
Die Befreiung der Frau	368
Die neue Welt. Von Anton Pannekoek	369
Der erste Schritt zur Diktatur des Proletariats	370

### Die Gegensätze im Programm der U. S. P. und der R. P. D.

Klarheit und Geradheit des Willens und des Denkens ist die erste Notwendigkeit für den revolutionären Arbeiter und Kämpfer der proletarischen Revolution. Angstlich vermieden sollte jede Zweideutigkeit sein und jedes Kompromißertum, denn an diesen Punkten der Schwäche wird die Gegenrevolution einsetzen. Hier wird das Proletariat schmerzhaft ergriffen werden auf seinem langen Golgathawege. Seine Feinde werden die Fänge wohl richtig einzuschlagen wissen, wenn es gilt, das geschundene Proletariat rückwärts zu reißen und abzu-drängen vom Wege der Erlösung.

Die Rundgebung und Entschließung der U. S. P. Parteitages ist voller Unklarheiten, voller Halbforderung. Schon der einleitende Satz bezieht sich, ich möchte fast sagen „ängstlich“ auf das Erfurter Programm; und das Folgende besagt dann erst recht, daß alles Althergebrachte und traditionell Gewordene ja nicht ganz beiseite gelegt wird. Die Kette muß mitgeschleppt werden und sei sie noch so schwer und hinderlich. Seine ganze Stärke kann das Proletariat und aus dem radikalen Bruch mit den jetzigen Gesellschafts- und Rechts- und Regierungsformen beziehen. Mag sein, daß die Führer der U. S. P. von ihren Wählern gedrängt, sich in einem Satz wenigstens noch die revolutionäre Geste erhalten haben, und hoffen wir, daß die Massen diesen Satz wahr machen und sich tatsächlich „aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmitteln“ bedienen werden.

Das Esbäumeln nach rückwärts pflegen die Führer der U. S. P. gewöhnlich als „Taktik“ zu bezeichnen für die die stürmischeren Kommunisten zu dumm sind. Wir Kommunisten halten es in diesem Falle mit Marx und Engels und glauben mit Recht, das kommunistische Manifest zitteren zu dürfen.

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsord-

nung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

So meinen wir, daß es verkehrt und schädlich ist, dem Löwen Proletariat ein Mäntelchen umzuhängen, daß er sich zuletzt selbst für einen Hammel hält, der geleitet werden muß. Unsere Aufgabe ist es, dem jungen Löwen seine Stärke bewußt zu machen und das Proletariat durch keine Halbforderungen zu befriedigen und zu verwirren. Immer wieder müssen wir ihm das volle Ziel trotz aller Mühe und Gefahren vor Augen führen.

Nun zu den Einzelheiten: „Das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß ein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann...“ ruft der U. S. P. Parteitag. Wir Kommunisten meinen, das Proletariat muß erkennen, daß alle bisherigen Organisationen (Gewerkschaften, Parlamente etc.) nicht nur nicht ausgereicht haben, sondern sich in der Revolution in ihrem wahren Charakter, nämlich als „gegenrevolutionär“ offenbart haben; das Proletariat muß erkennen, daß das Räteystem nicht nur eine Kampforganisation ist, sondern daß das Räteystem die einzige und alleinige Regierungsform ist, die das revolutionäre Proletariat anerkennen kann. Wenn die U. S. P. in ihrer ersten Forderung die „Einordnung“ des Räteystems in die Verfassung beantragt, so will diese Partei es scheinbar nicht begreifen, daß die aus dem Räteystem hervorgegangene Körperschaft die einzige sein kann, die erstmal „Verfassung gebend“ ist. Ich weiß wohl, daß hier gerade die ganze „Schlauheit“ und „Taktik“ der U. S. P. sitzt. Sie meinen, die Bürger und Gewerkschaftler merken es gar nicht, wie der „Haase“ läuft. Sie würden die „harmlosen“ Räte in die Verfassung einschleusen lassen, selber eine „gefegliche“ Konzeption machen und dann sollten sie mal was erleben. Die Scheidemann und vor allen Dingen die Landsberger sind schlauer wie die grundgescheiterten U. S. P.-Führer, und wenn das Räteystem in die Verfassung schlüpft, dann wird ihm der Hals vorher gebrochen sein. Außerdem wird durch diese Forderung eine heillose Verwirrung in den Proletariatsköpfen angerichtet. Uns Kommunisten bleibt die ehrenvolle Pflicht, den Arbeitern immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß man Feuer und Wasser nicht verbinden kann, daß es hier wirklich nur ein Entweder-Oder gibt. Entweder den Sieg der proletarischen Revolution und dann „Alle Macht den Arbeitern und



Soldatenräten" oder reformsozialistisches Treiben, worauf ja auch die Forderung 6 hindeutet.

Diese Forderung 6 riecht meilenweit nach „Almosen“. Das kommunistische Programm verlangt kurz und bündig die Rationierung der Wohnungen. „Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benützung zu übergeben“ wisperst die U. S. P. Anscheinend genieren sie sich, Arm und Reich in klaren Worten die gleiche Anzahl von Zimmern zuzugestehen.

Ein einziger Witz ist Forderung 5. Jedem Kapitalisten lacht das Herz im Leibe bei diesen Steuerabsichten und er braucht nur zu überlegen, wie er hinterzieht. Es gibt so viele Wege der Steuer, besonders der Kriegszuwachsteuer zu entgehen. Den Herren Proletariern von der U. S. P. fehlt wohl der Mut, die von ihrem Schweisse erworbenen Vermögen von einer gewissen Höhe ab zu konfiszieren?

Punkt 7 der U. S. P. über die Schule vergißt den Hirt der Reaktion: die Universität. Zu heilig? oder vergessen? Auf alle Fälle recht erwähnenswert im Hinblick auf die hervorragende, glückliche Umgestaltung der Universität im Sowjet-Rußland.

Punkt 2 läßt merken, daß die letzten blutigen Erfahrungen nicht zwecklos an der U. S. P. vorübergegangen sind. Das Wort „rote Garde“ und „Bewaffnung des Proletariats“ ist ängstlich vermieden. Immerhin ist aber zum Ausdruck gebracht, daß der Bürger entwaffnet werden muß und die Volkswehr aus Arbeitern bestehen muß.

Punkt 4 Wahl der Behörden und Richter durch das Volk. Nein, das wollen wir Kommunisten nicht. Wir haben mit allen Volkswahlen zu schlechte Erfahrung gemacht. Wir wollen nicht von den Behörden und Richtern, die sich auf „den Boden der Revolution stellen“ genasführt werden. Wir fordern, daß die Arbeiterräte, die unsere wirtschaftliche und politische Vertretung und Gewalt darstellen sollen, unsere Behörden, Richter usw. einsetzen, kontrollieren und eventl. wieder zum Teufel jaagen.

Im letzten Absatz 9 hat sich die U. S. P. über ihre internationalen Beziehungen geäußert. Wie stellt sich die U. S. P. „Wiederherstellung der Arbeiterinternationale auf den Boden der revolutionären Politik“ und gleichzeitig die freundschaftliche Beziehung zu allen Nationen vor. Lloyd George und Poincaré werden sich die dargebotene Hand betrachten. — Es ist jetzt nicht Zeit die internationalen Arbeiterbeziehungen mit Plorosen am Berner Verhandlungstisch zu erledigen. Es handelt sich für uns und die Proletarier aller Länder um die Weltrevolution. Wer das klar ausspricht, der muß auch die Feindschaft der Imperialisten aller Länder mit in Kauf nehmen. Die schlaue U. S. P. hält es wieder für „Taktik“, die imperialistischen Regierungen die Entente und leider die deutschen Proletariatsmassen in Unklaren zu lassen. Was will eigentlich die U. S. P. der Völkerbund, und der ist imperialistisch oder waqst seines mit uns, den wahrhaft internationalen Kommunisten den geraden Weg zur Befreiung des Proletariats, zur Weltrevolution zu gehen?

## Die Rechnung

Von R. Horner.

Vor einigen Wochen hat Herr Schiffer, der Finanzminister, dem neuen deutschen Reichstag die Rechnung 366

des Krieges präsentiert. Er kam zu dem Schluß, daß die Reichsschulden durch den Krieg um 160 Milliarden Mark zugenommen haben, teils in der Gestalt von Kriegsanleihen (98 Milliarden Mark), teils durch Goldaufnahme bei den Banken oder Ausgabe von Papiergeld (48 Milliarden). Wenn man bedenkt, daß vor dem Kriege schon über die schwere Verschuldung des Reiches und die Schwierigkeit der Zahlung der Zinsen geklagt wurde, als diese Schulden nur 5 Milliarden betragen, dann sieht man, daß man hier vor einem ganz neuen Problem von ganz neuen Dimensionen steht, völlig verschieden von der alten Schuldenwirtschaft.

Wenn ein Kapitalist dem Staate Geld leiht, damit dieser irgend eine produktive Unternehmung gründet, so ist das im Rahmen des Kapitalismus völlig normal. Denn aus dem Profit, den diese Unternehmung jährlich aus der Arbeit der Arbeiter herausholt, kann der Zins für das geliehene Kapital leicht bezahlt werden. Das geliehene Kapital besteht in der Gestalt von „produktivem Kapital“, als Maschinen, Eisenbahnen etc. und die Schuldscheine besagen, daß eigentlich die Gärbigen Besitzer jener Dinge sind, denn sie haben ein Anrecht auf den Hauptteil des damit erzielten Gewinnes. Aber bei den Kriegsanleihen handelte es sich um ganz etwas anderes. Für das geliehene Geld wurden Kanonen und Munition angefertigt, wurden Lebensmittel für die Armee beschafft, und alles dies wurde unproduktiv verausgabt, vergeudet für Mord und Zerstörungszwecke. Und wenn der Staat alles geliehene Geld verausgabt hatte, an Kriegslieferanten, Fabrikanten, Wucherern und dergleichen, dann wurde dasselbe Geld vermehrt, um was diese Kriegsgewinnler dem eigenen Volke abgewuchert hatten, dem Staate wieder zur Verfügung gestellt gegen Staatschuldenscheine, die den Besitzern ein Anrecht auf Zins gaben. Und so drehte die finanzielle Kriegsmühle immer weiter im Kreise. Die Produktion von vier Kriegsjahren wurde verpulvert und aufgebraucht, ohne daß produktive Kräfte neu geschaffen wurden; nicht einmal die regelmäßige Ersetzung von alten Produktionsmitteln, Lokomotiven und Maschinen fanden statt; verwüstet und vernichtet liegt das Wirtschaftsleben darnieder. Und zugleich befinden sich in den Händen der Kriegsgewinnler Hundert Milliarden an Staatschuldenscheinen. Was bedeuten diese? Es sind Papiere, die nicht irgend ein wirklich vorhandenes Kapital darstellen; nirgends sind die Produktionsmittel im Staatsbesitz zu finden, die mit diesen Hundert Milliarden bezahlt wurden und nun Ertrag liefern. Diese Papiere bedeuten einfach, daß ihre Besitzer ein Anrecht auf Einkommen aus der Staatskasse haben, ohne irgend etwas dafür zu leisten. Zwanzig Milliarden rechnet man, das alljährlich dafür nötig sein wird: das ist also nicht aus gewöhnlichen Staatseinnahmen zu bezahlen, das muß vom Staate aus dem Gesamtprodukt der Gesellschaft genommen werden. Das heißt also, daß von allem, was produziert wird — unter der Voraussetzung einer emsigen, hochentwickelten Produktion wie vor dem Kriege — ein Drittel vom Staate beschlagnahmt und in die Hände einer Gruppe nutzloser Parasiten übergeführt wird. Das deutsche Volk soll nicht nur im Kriege sein Blut, sein Leben, seine ganze Kraft für das Kapital verwendet haben, sondern es soll als Dank noch dazu für alle fernere Zukunft

einen Trupp Kriegsgewinnler und Nichtsnutzer ein schweres Kriegstribut zahlen — 20 Milliarden jährlich.

Es ist klar, daß sogar vom bürgerlichen Standpunkt eine solche Zukunft unnötig ist. Stellen wir uns auf den Boden des Kapitalismus, dann wird der ganze Arbeitsertrag verteilt in das, was den Arbeitern als Lohn zum Lebensunterhalt nötig ist, und dasjenige, was den Kapitalisten als Mehrwert zufällt. Letzteres dient, neben dem Lebensunterhalt und dem Luxus der Kapitalisten selbst, zur Bildung neuer größerer Kapitalien, die nötig sind, um die Produktion auf höhere Stufenleiter zu bringen. Aus diesem Mehrwert muß auch der Zins für die Geldkapitalisten bezahlt werden. Was wird nun geschehen, wenn von dem Gesamtbetrag jährlich 20 Milliarden den Kriegsanleihebesitzern ausbezahlt werden müssen? Entweder muß der Arbeitslohn gekürzt und die Lebenshaltung des Proletariats heruntergedrückt werden, oder der anzusammelnde Mehrwert wird verringert und die Bildung größerer Betriebskapitalien verhindert, und damit die Entwicklung der Wirtschaft gehemmt. Die Unternehmer, denen vom Staat zwecks dieser Zinszahlung riesige Betriebssteuern abgenommen werden, werden versuchen, diese möglichst durch Herabdrückung der Löhne oder stärkere Ausbeutung auf die Arbeiter abzumwälzen. Die kapitalistische Produktion hat dann einfach eine Bande Ausgeier am Hals, die ihr allen Lebenssaft ausaugen. Sie kann sich nicht aufs Neue kräftig entwickeln.

Eine bürgerliche Regierung, die nur auf die Wiederbelebung der Wirtschaft und die kräftige Entwicklung der Produktion bedacht wäre, müßte also notgedrungen die Kriegsanleihen annullieren, um sich diese furchtbare Bürde vom Nacken zu werfen. Sie würden damit kein Kapital vernichten, sondern nur den Anspruch einer Bande von Wucherern auf ein riesiges, arbeitsloses Tribut aufheben. Aber die „sozialistische“ Regierung denkt nicht daran, zu tun, was sogar eine vernünftige bürgerliche Regierung tun müßte, sie unterwirft sich den Interessen dieser Wucherer. Das deutsche Kapital, das jetzt regiert, erklärt sich durch ihren bürgerlichen Finanzminister solidarisch mit dem parasitischen Kriegsgewinnkapital. Damit erschwert es die Neubelebung der Produktion und stellt sich selbst der Erneuerung Deutschlands auf bürgerlicher Grundlage im Wege. Das deutsche Kapital könnte sich vielleicht noch wieder erheben, wenn es seine unhaltbarsten Ansprüche, seine unerträglichsten Kumpane, über Bord setzte. Aber statt dessen erklärt es: An das heilige Eigentum wird nicht gerührt, die Kriegsanleihen werden nicht annulliert.

Aber diese selbstmörderische Politik ist doch wieder selbstverständlich. Etwas anderes ist kaum möglich. Denn im Grunde ist alles Kapital eins, und einen Teil aufzugeben, bedeutet im Prinzip den ganzen Mehrwertsanspruch des Kapitals aufzugeben. Alles Kapitaleinkommen nimmt stets mehr die Gestalt von Zins und Dividende an, arbeitsloses Einkommen für nutzlose Parasiten am gesellschaftlichen Körper. Wenn die Kriegsanleihen annulliert werden, bedeutet das einfach eine Verschiebung innerhalb der Kapitalistenklasse, eine andere Verteilung des Gesamtwertes; eine Sorte Kapitalisten wird der anderen geopfert. Aber in einem kapitalistischen Staat hat alles Kapital den gleichen Anspruch auf Schutz

und Anerkennung; alterworbene Rechte bestehen nicht und wer das Recht hat des neuesten Kapitals nicht anerkennt, stellt den ganzen Kapitalanspruch überhaupt in Frage. Daher ist es nur zu begreiflich, daß Herr Schiffer sich für die Kriegsanleihebesitzer aussprach. Aber damit hat er auch nur gezeigt, daß der Kapitalismus sich in einer unlöslichen Schwierigkeit befindet. Er kann mit der Bürde der Kriegsschulden nicht weiter wirtschaften und er kann sie auch nicht abwerfen. Er ist als geordnetes Wirtschaftssystem unmöglich geworden; er führt immer tiefer in den Sumpf der Anarchie, des Elends, der Lähmung alles Lebens, bis zu dem Tage, daß die Arbeiter sich gesammelt und zur klaren Einsicht ihrer Aufgabe erhoben haben und die Leitung der Gesellschaft in die Hände nehmen. Die Annullierung der Kriegsanleihen wird für die siegreiche Arbeiterklasse etwas selbstverständliches sein. Aber aus demselben Grunde der Wesensgleichheit alles Kapitals wird die Arbeiterklasse dabei nicht stehen bleiben; in derselben Weise wird auch der Anspruch der anderen Parasiten auf arbeitsloses Einkommen aus dem Arbeitsertrag annulliert werden. Wenn man in der Uebergangszeit vielleicht genötigt sein wird, sich tüchtige, leitende, technische Kräfte durch eine Art kapitalistisches Einkommen zu erhalten, so wird doch für Dividendenzahlung an die kapitalistischen Besitzer kein Grund mehr vorhanden sein.

Die Rechnung aber, die Herr Schiffer präsentierte, bildet nur die Hälfte dessen, was das deutsche Volk für den Imperialismus zu begleichen hat. Die andere Hälfte werden Foch, Clemenceau und Lloyd George präsentieren; aus Paris wurde berichtet, daß die Entschädigungs-Kommission zu einem Betrag von 40 Tausend Millionen Dollar, also auch 160 Milliarden Mark, gekommen sei. Die Kriegsverheerungen in Belgien und Frankreich und auf dem Meere bedeuten also denselben Verlust als die Verheerungen im Inland. Die Alliierten werden das bei dem Friedensschluß von der deutschen Regierung fordern. Die Regierung könnte das von den Kapitalbesitzern zusammenfordern, soweit diese ihren Besitz nicht schon im Ausland in Sicherheit brachten. Aber das Entente-Kapital versteht, wie schwierig es einer deutschen Regierung fallen muß, ihre Kapitalisten so gewaltig zu schröpfen. Deshalb schlägt es sofort vor, selbst zu helfen durch Anleihen. Es leiht der deutschen Regierung dieses Geld, das dann zum Schadenersatz dient, und das deutsche Volk wird auf alle Ewigkeit jährlich seine 10 Milliarden Zins dem Ententekapital zahlen müssen. So wäre das deutsche Proletariat nicht nur dem eigenen Kapital untertan, sondern noch dazu in Schuldknechtschaft des Ententekapitals geraten. Das ist der Friede, dem Ebert und Scheidemann ihm im November als sehnlichst zu erstrebendes Zukunftsbild vor Augen stellten, für den es die Weiterführung der Revolution aufgeben müßte. Das ist die kapitalistische Zukunft. 20 Milliarden für das einheimische, 10 Milliarden für das ausländische Kapital alljährlich aufbringen durch schweres Schuften, als Schuldknechten, vom Wucherer verkauft.

Diese Zukunft müssen sich die deutschen Arbeiter, die der Sozialdemokratie noch anhängen, klar vor Augen stellen. Es handelt sich für sie nicht um die Frage, ob sie alten Führern treu bleiben wollen, oder einer neuen Richtung zugehören. Es handelt sich um Sein oder



Nichtsein, um unerträgliche Knechtschaft oder völlige Befreiung vom Joch des Kapitals.

## Die Befreiung der Frau.

Bürgerliche und sozialdemokratische Frauen jubeln. Die Forderung nach politischer Gleichberechtigung der Frauen, die seit der großen französischen Revolution immer wieder von bedeutenden Frauen und Männern erhoben worden ist, und für die sich die Sozialdemokratie von jeher mit Ernst und Nachdruck eingesetzt hat, ist nun auch in Deutschösterreich endlich erfüllt worden. Die Frau ist nicht mehr den Unmündigen und Verbrechern gleichgestellt, sie hat dieselben staatsbürgerlichen Rechte, wie der Mann. Gewiß ist dies ein Fortschritt, über den auch wir Kommunistinnen uns freuen müssen. Denn nun ist es leichter, die Frauen aus ihrer politischen Gleichgültigkeit aufzurütteln, leichter, sie über ihre Interessen aufzuklären. Aber darin liegt auch der einzige Wert des Frauenwahlrechtes. Und man täuscht die Frauen, wenn man ihnen das Wahlrecht als Mittel preißt, sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Sklaverei zu befreien, unter der sie in der heutigen Gesellschaft leiden. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Frau in Familie, Werkstatt, Kontor usw., das Martyrium, welches die Mutterschaft für die proletarische Frau heute ist, werden dadurch, daß von nun an auch Frauen in den gesetzgebenden Körperschaften mitzureden haben, schwerlich gemildert, auf keinen Fall beseitigt werden.

Es wird vielmehr, wie Engels gesagt hat, „der eigentümliche Charakter der Herrschaft des Mannes über die Frau und die Notwendigkeit wie die Art der Herstellung einer wirklichen gesellschaftlichen Gleichstellung beider erst dann in grelles Tageslicht treten, sobald beide juristisch vollkommen gleichberechtigt sind. Es wird sich dann zeigen, daß die Befreiung der Frau zur ersten Vorbedingung hat die Befreiung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftlicher Einheit der Gesellschaft.“ „Also „Zerstörung“ der Familie, dieser von Gott gesetzten Einrichtung, die die Grundlage aller Sittlichkeit und Kultur darstellt, ist es, die ihr Kommunisten wollen!“ Gemach, ihr Herren Spießer, die Familie ist wie alles andere in dieser Welt einmal entstanden und die Menschen waren nicht um ein Haar schlechter, als die Weibergemeinschaft etwas Erlaubtes war als heute, wo sie etwas Unzulässiges ist. Wir wollen auch nicht die Familie „zerstören“, das beordert der Kapitalismus schon gründlich ohne uns, wir wollen nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben und damit die Möglichkeit schaffen für die Bildung neuer zweckmäßigerer Haushaltsformen. Denn die Familie steht und fällt mit dem Privateigentum.

Die Familie hat nicht bestanden in jener vorgeschichtlichen Zeit, in der die Menschen in großen kommunistischen Gemeinden zusammenlebten, in denen es weder Herren noch Knechte, weder Reiche noch Arme gab, in denen alle gemeinsam zur Schaffung des Lebensunterhaltes beitrugen, die Männer durch Jagd und Fischerei, die Frauen durch Zubereitung und Verarbeitung des Erbeutes. Damals gab es keine wie immer geartete Unterdrückung der Frau. Im Gegenteil, da bei dem

freien Geschlechtsverkehr innerhalb der Genossenschaft die Kinder wohl Mütter, aber keine „begehrten“ Väter hatten, genossen die Frauen als Mütter besondere Achtung und waren tatsächlich die Herrinnen im Hause.

Die Familie ist entstanden, als die Gemeinden, die ursprünglich nur für den Eigenbedarf produzierten, daran gingen, Waren für den Austausch herzustellen und Einzelne somit Gelegenheit hatten, Eigenbesitz zu erwerben, also mit dem Aufkommen des Privateigentums. „In dem Verhältnis, als die Reichtümer sich mehrt, geben sie einerseits dem Manne eine wichtigere Stelle in der Familie als der Frau und erzeugen andererseits den Antrieb, um die hergebrachte Erbfolge zugunsten der Kinder umzustößeln.“ Die Frau wurde gezwungen nur einem einzigen Manne anzugehören, „wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung.“ (Engels, Ursprung der Familie.) Wirtschaftlich unselbständig wurde sie angewiesen auf die Versorgung durch den Mann. Eine Versorgung bietet nun allerdings heute die Familie nur noch den bürgerlichen Frauen. Trotzdem hat auch die proletarische Frau, die die Familie miterhält, noch unter der Vormachtstellung des Mannes zu leiden. Zum Teil ist diese begründet in der Macht der überkommenden Vorurteile, die die Menschen im Banne halten, wenn längst alle realen Grundlagen derselben verschwunden sind, zum Teil darin, daß die Frau, doppelt überbürdet mit Haus- und Erwerbsarbeit, sich geistig nicht so entwickeln kann wie der Mann.

Verschwunden wird die Familie erst, wenn die Gesellschaft die Produktion in der Weise regeln wird, daß alle gesunden Männer und Frauen in gleicher Weise daran betätigt sind, wenn ökonomische Abhängigkeit des einen Menschen vom anderen eine Unmöglichkeit geworden ist, weil die Arbeitsprodukte der Gesellschaft allen Arbeitenden, und nicht einer Klasse von Bevorrechtigten gehören, wenn die Aufzucht der Kinder vollständig von der Gesellschaft in die Hand genommen wird, Massenküchen an Stelle der Einzelküchen treten. Dies alles ist aber erst möglich mit Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit der Diktatur des Proletariats. Gewiß, wir haben schon heute Einrichtungen, die die Funktionen der Familie übernehmen, Massenküchen, Kinderheime usw. Aber diese Dinge sind heute mehr abschreckende Zerrbilder dessen was kommen wird, als lockende Vorzeichen einer besseren Zukunft. Erst die kommunistische Gesellschaft, die über alle Reichtümer der Gesellschaft verfügt, wird diese Einrichtungen so gestalten, daß sie die Familie ersetzen. Solange die Kapitalisten die unkontrollierten Räuber der Gesellschaft sind, werden diese Wohlfahrtseinrichtungen bettelhafte Notbehelfe bleiben. Allen weisen Reden und gutem Willen der parlamentarischen Arbeitervertreter zum Trotz.

Unsere Aufgabe ist es, unseren Klassengenossinnen immer wieder dieses Entweder—Oder vor Augen zu führen: entweder eine kümmerliche ausgebeutete Existenz im kapitalistischen Staat, oder ein freies menschenwürdiges Dasein in der kommunistischen Gesellschaft. Außerdem aber haben wir die Arbeiterinnen von kleinbürgerlichen Vorurteilen zu befreien, ihnen zu zeigen, wohin die Entwicklung geht, vom Kleinbetrieb des Einzelhaushaltes zum Großbetrieb der kommunistischen Hauswirtschaft, damit sie bewußt das wollen, was

kommen muß. Denn so wie bei der Geburt eines Menschen zusammenwirken müssen die unwillkürlichen Wehen und die bewußten Anstrengungen der Gebärenden, und wie die Geburt um so rascher vor sich geht, je energischer die bewußte Muskelarbeit der Mutter ist, so wird auch alles Neue in der Gesellschaft nur geboren, indem bewußter Menschenwille die mechanisch wirkenden gesellschaftlichen Kräfte unterstützt und die Entwicklung wird umso kürzer sein, je zielbewußter der Wille und je energischer das Mitwirken der Menschen ist.

## Die neue Welt.

Von Anton Pannekoek.

Der Weltkrieg hat die Welt verwüstet und sie in die tiefste Armut, zu einem Chaos heruntergedrückt.

Vier Jahre lang sind alle Produktivkräfte in den Dienst des Krieges gestellt. Das bedeutet, daß alle Rohmaterialien, alle Maschinen, alle Verkehrsmittel und alle menschliche Arbeitskraft unproduktiv vergeudet wurden. Sie wurden benutzt für den Zweck der Zerstörung, sie wurden verbraucht, um nichts zu erzeugen, sondern um den Feind niederzuwerfen. Die Folge mußte ein absoluter Mangel sein an allem was die Gesellschaft zu ihrem Weiterbestehen braucht. Daß dies vier Jahre lang so weitergehen konnte, war nur möglich, weil in diesen vier Jahren die Lebenshaltung der Massen auf das mindestmögliche heruntergedrückt wurde; was für den Krieg produziert wurde, wurde für ihren Lebensbedarf weniger produziert. Das konnte aber nur einen Teil der Kriegsverwendungs befrachten; daneben kommt die Verwahrlosung aller Produktions- und Verkehrsmittel; statt sie zu erneuern wurden sie aufgebraucht. So steht man am Ende des Krieges vor einer völligen Zerrüttung des ökonomischen Lebens; es fehlt an Produktionsmitteln, an Rohstoffen, an Arbeitskräften; denn die Menschen sind körperlich geschwächt durch die lange Entbehrung. Allerdings könnte man dem entgegenhalten, daß doch das Kapital sich gewaltig vermehrt und konzentriert hat. Aber dieses Kapital besteht vor allem in Reststücken, nicht in produktivem Kapital. Es ist Eigentum an Fabriken, die nicht die Möglichkeit haben, sofort weiter zu produzieren; es ist vor allem Staatsschuld, also Anspruch auf riesige Zinsenmassen, die von dem Proletariat und den Kleinbürgern und Bauern in der Gestalt von Steuern den Kapitalisten gezahlt werden müssen. Die Kapitalvermehrung bedingt die Verteilung der Produkte — sie besagt, daß die erzeugten Produkte möglichst ungerecht verteilt werden — aber vermehrt nicht die Produktion. Die Bereicherung der Großen bedeutet, daß die Vampire die allgemeine Armut noch vermehren werden, indem sie für sich den größten Teil der dürftigen Vorräte beschlagnahmen wollen. Rein wirtschaftlich betrachtet steht die Welt schon vor einem unerbittlichen Bankrott, vor einer leeren Wüste, vor einem ökonomischen Chaos.

Das Kapital kann seinen bisherigen Arbeitsklaven keinen Lebensunterhalt mehr geben — furchtbare Arbeitslosigkeit grinst dem Proletariat entgegen. Denn das Kapital ist selbst nichts mehr. Die gewaltige industrielle Entwicklung Deutschlands im vorangehenden halben Jahrhundert ist mit einem Male abgebrochen.

Deutschland ist durch diesen Krieg auf eine viel niedere Stufe wirtschaftlicher Entwicklung zurückgeworfen. Wie im ganzen Zentraleuropa wird es mit einer primitiven Stufe der Agrarwirtschaft wieder anfangen müssen und es wird Jahrzehnte dauern, bis es wieder einigermaßen zu einer höheren Entwicklung emporsteigen kann. Das sind die Aussichten, wenn die bürgerliche Produktion bestehen bleibt, also die Bourgeoisie die Staatsgewalt in den Händen behält.

Und für die nächste Zeit sind die Aussichten noch schlimmer. Die Lebensmittel und Transportmittel zu ihrer Verteilung sind in so geringem Maße vorhanden, daß nur die strengste Handhabung peinlichster Vorschriften durch eine starke Regierung es ermöglichen wird, daß man mit dem nackten Leben davonkommt. Solange die vorläufige Ebertregierung fortwirft, die beiden Klassen Rechnung tragen will, geschieht nichts und wird also nur ein schlimmerer Zusammenbruch vorbereitet. Eine starke Regierung kann nur eine Klassenregierung sein; entweder eine offene Bourgeoisregierung, die über so große Gewaltmittel verfügt, daß sie die Proletarier durch eine Minimalrationierung gerade am Rande des Hungertodes vorbeiführt und sie schonungslos niederhält — so wie es die vorige Regierung während des Krieges machte — oder eine wirklich proletarische Regierung, die schonungslos alle Vorräte und Vorräte der Bourgeoisie antastet und alles was vorhanden oder zu beschaffen ist, für die Massen bestimmt und ehrlich verteilt.

Der Kapitalismus hat dem Proletariat nichts mehr zu bieten. Die Not zwingt dem Proletariat den Sozialismus auf. Das Volk steht vor der Wahl; entweder die Leitung der Welt in den unfähigen Händen zu belassen, die dieses Chaos verschuldet, der Bourgeoisie, der Bürokratie, der Oberleute, und dann zu Grunde zu gehen, während diese ihr Ausbeutungssystem hinüberretten — oder selbst die Leitung in die Hände zu nehmen und selbst die Produktion in Gang zu bringen. Im ersten Fall wird die Produktion mühsam, schwer emporkommen, da Kapitalmangel und Gewinninteressen sie hemmen, und der Ertrag wird der Neubildung von Kapital dienen; im zweiten Fall wird sie energisch in Betrieb gesetzt werden als Selbstversorgung des ganzen arbeitenden Volkes. Die Wahl wird sich mit zwingender Gewalt vollziehen. Nicht aus klarer Einsicht, nicht aus theoretischer Überlegung seiner Vorteilhaftigkeit, sondern aus unmittelbarer Not werden die Arbeiter den Sozialismus durchführen müssen.

Ebert oder ein anderer hat gesagt, diese Zeit der Not sei nicht geeignet, Theorie zu verwirklichen. Der Sozialismus war diesen Leuten immer nur eine abstrakte Theorie statt einer praktischen Lebensnotwendigkeit für die Arbeiter. Sie träumten, wie so viele von einem Idealkapitalismus, in dem eine einsichtsvolle sozialdemokratische Parlamentsmehrheit eine friedliche Umpflanzung durchzuführen sollte, inmitten von Produktionsüberflüssen und Wohlstand. Aber die Wirklichkeit ist anders: der Sozialismus muß kommen als Retter in der drückbarsten Not, als die einzige Möglichkeit für die Massen sich vor dem völligen Untergang zu retten. Und er wird der Retter sein. Ohne den Sozialismus war das Volk im bankerotten Rußland völlig dem Hunger dem



Int. Institut  
Soc. Geschichts  
Amsterdam

# Arbeiterpolitik

4. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 10

Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion u. Expedition: **Bremen, 8. März 1919** Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

**Inhalt:**

Der Schwindel der Demokratie	Seite 371
Bürgerliche und Proletarische Schutzreform	" 372
Der erste Schritt zur Diktatur des Proletariats	" 373
Das Ende der Gewerkschaften	" 373
Vom Kapitalismus zum Kommunismus	" 375

## Der Schwindel der Demokratie.

„Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“  
Karl Marx im 18. Brumaire.

Eine jener großen Lügen, mit denen das arbeitende Volk betäubt wird — wie „Vaterland“, „Freiheit“, „Unabhängigkeit“ —, ist auch jene von der „Demokratie“. „Wir leben in einem demokratischen Staatswesen“, sagt man uns, „in dem alle Bürger gleichberechtigt sind.“

Als die große französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts siegte, klangen die Losungen ähnlich: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Es ist ein Neuaufleben überkommener Schlagparolen, längstvergessener Fansaren. Nur, daß die Parolen und Fansaren, die Kostüme und Masken den heute Lebenden nicht mehr ganz passen. „Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nie Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst auf, entlehnen ihnen Namen, Schlagparolen und Kostüme, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtszene aufzuführen.“

Aber während in der großen französischen Revolution die große Masse des Bürgertums wirklich um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit kämpfte — Befreiung aus den wirtschaftlichen Fesseln des Feudalismus, Gleichheit vor den Gesetzen des Kapitalismus, Brüderlichkeit innerhalb der aufstrebenden Ausbeuterklasse —, kämpft heute die große Masse des Volkes, das arbeitende Proletariat, um ganz andere Dinge. Was nützt ihm die „Freiheit“, wenn diese es ermöglicht, daß jeder Reiche jeden Nichtbesitzenden zum Sklaven machen kann, was soll ihm die „Gleichberechtigung aller Bürger“, wenn diese Gleichberechtigung das Bollwerk bildet zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung, wenn die Demokratie die Grundlage ist, auf welcher der

stärkere Geldsack über den schwächeren siegt! „Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts“, sagt Marx, „kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rück Erinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen.“

Die Demokratie ist das letzte Bollwerk der Bourgeoisie. Mehr: es ist die Diktatur der Bourgeoisie. Als nach dem Sturze des Militärabsolutismus das Vorrecht des Geldsackes übrig blieb, da hat die „freie demokratische Republik“ jene Rolle übernommen, welche bisher den Schergen der Monarchie eigen war. Korruption und Spitzeltum, politische Verfolgung, Kerker und Ausweisungen blühen stärker denn ehedem. Gegen die weißen Polizeigarden des Glöckel und Mateja sind die Stürkghischen Polizeigewalten das reine Kinderspiel. Versammlungsterror, Zensur und Broschürenkonfiskation haben noch niemals so schamlos ihr Haupt erhoben, die persönliche Freiheit, welche wir nur vom Hörensagen kennen, hat nun auch in dem Arbeitspflichtgesetz der Bourgeoisie ihren politischen Ausdruck gefunden. Aber die dies alles am Gewissen haben, sind „Demokraten“, die Seitz und die Renner, die unter der falschen lägenhaften Maske der „Sozial-“, „Demokratie“ sich der Arbeiterschaft als Führer aufgedrängt haben, um nun alle die Grundsätze, Prinzipien und Weltanschauungen des Proletariats, die sie bisher predigten, zu verraten.

„Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus“, und vor ihm fürchten sich das Kapital und seine Helfershelfer und Agenten, die Sozialpatrioten aller Zungen und Länder. Und das Mittel, um sich seiner zu erwehren, ist die „Demokratie“, ist die rücksichtsloseste Unterdrückung der Ziele und Bestrebungen des arbeitenden Volkes, dessen Sieg dem überaroben Teile der Menschheit zugute kommt, dessen Vernichtungskampf nicht einzelnen Personen, sondern einer Klasse gilt, eben jener Klasse der Ausbeuter und Herrscher.

Die Demokratie ist das Mittel, welches den Besitzenden erlaubt, ihren Bestand mit allen Möglichkeiten, die ihnen zu Gebote stehen, zu verteidigen. Sei es Anariff oder Defensiv, weiße Gardien oder Parlamentsobstruktion, Wirtschaftsboykott, Stimmenkauf oder Arbeiterfang — der Besitzende verzichtet auf keinen Vorteil, der ihm sein Dasein verlängert. Demokratie bedeutet Gleichberechtigung, aber innerhalb der heiligen Ordnung des Kapitalismus. Nicht

Untergang ganz verfallen; die Anfänge des Sozialismus haben die Volksmassen durch die schlimmste Zeit hindurch gerettet, sie ökonomisch gekräftigt, trotz der Angriffe von innen und außen, die die Lebensmittelversorgung aufs schwerste gefährdeten. Der Sozialismus wird auch in Deutschland und den anderen zentral-europäischen Ländern die Massen durch planvolle, aber streng durchgeführte Organisation der Produktion und Lebensmittelversorgung durch die schlimme Zeit hindurch retten, aber damit zugleich der Keim der neuen Produktionsweise, den Keim der neuen Freiheit legen.

Marx sagte im Jahre 1847 den Proletariern: Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten. Vor einem Jahrzehnt jagten Vertreter der Arbeiter in Abwehr gegen den Marxismus: Die Arbeiter haben jetzt etwas zu verlieren, also keine Revolution. In der Tat: so lange die Arbeiter, in Zeiten der Prosperität, fühlten oder glaubten, etwas zu verlieren zu haben, hörten sie nicht auf Marx, verhallte sein Wort. Jetzt wird es wieder zur Wahrheit. Alles, was der Kapitalismus bieten konnte, wirklich oder im Scheine, ist verloren. Nichts haben die Arbeiter mehr zu verlieren. Von allem beraubt, nackt und kahl stehen sie in der Wildnis — vor den Toren der Zukunft. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

## Der erste Schritt zur Diktatur des Proletariats.

Sonnabend und Sonntag tagte im Favoritener Arbeiterheim die erste Reichskonferenz der deutsch-österreichischen Arbeiterräte. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte, ihrer Feindschaft gegen die Arbeiterräte getreu, die Absicht, aus der Konferenz ein intimes Familiengeheimnis zu machen, das sich hinter verschlossenen Türen abspielen sollte, von dem die Proletarier so wenig wie möglich erfahren sollten. Deshalb wies zunächst Skarek unseren Berichterstatter, der um Zulassung ersucht hatte, ab und als die Zulassung von einem Delegierten verlangt wurde, da gab sich Friedrich Adler dazu her, für den Ausschluß der Öffentlichkeit zu sorgen. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, die gesamte Presse, auch die „Arbeiter-Zeitung“ auszuschließen, was zur Folge hatte, daß der Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“ — auch weiterhin der Sitzung beiwohnte. Trotzdem bringt die „Arbeiter Zeitung“ einen, sagen wir: auffallend ungenauen Bericht über die Konferenz, wie die Leser aus den folgenden Mitteilungen, die uns von Teilnehmern an der Konferenz zugegangen sind, entnehmen können.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung, die politische Lage der Arbeiterklasse, referierte Seitz. Seine Rede war so recht ein Beweis dafür, wie zerfetzend der Einfluß ist, den die kommunistische Partei auf die sozialdemokratische Politik bisher ausübte. Nicht mit einem Worte wagte er es, die tatsächlichen politischen Verhältnisse, die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den bourgeoisen Parteien zu berühren. Sein böses Gewissen hinderte ihn, die eigentlich sozialdemokratische Taktik zu berühren, er spielte pfiffigerweise nur mit jenen Gedanken, die allein dem heutigen Empfinden der Massen entsprechen. Er ließ sich den kommunistischen Gedanken der Arbeiterräte und der Sozialisierung aus, um dem Ansturm der Proletarier die Spitze abzubreaken.

Schweren Herzens erkannte er zwar die Notwendigkeit der Arbeiterräte an, aber er konnte es sich nicht versagen, ihre Bedeutung herabzusetzen. Die Arbeiterräte sind die Sturmböcke, mit denen die Mauern des kapitalistischen Parlamentarismus eingerannt werden sollen. Mit der Schaffung der Arbeiterräte ist auch in Deutschland eine Bresche in diese Mauer geschlagen worden. Und schon sehen wir, wie sich die Sozialdemokratie wacker in die Bresche stellt und, sich selbst aufopfernd, die kapitalistische Zwingburg verteidigt. Nach Ansicht von Seitz soll es nicht der Staat sein, auf den die Arbeiterräte zu wirken haben, nein, dem kapitalistischen Staate darf sich das Proletariat nicht nahen, nur die sozialdemokratischen Vertreter in der Nationalversammlung und in der Regierung sind es, auf die die Arbeiterräte Einfluß nehmen dürfen. Das ist die historische Aufgabe, die Seitz den Arbeiterräten zuweist, ein Sammelkasten für Beschwerden im Vorzimmer sozialdemokratischer Minister zu sein.

Die Antworten, die die Delegierten auf diese Ansichten gaben, waren sehr vielversprechend. Es gab wohl keinen, der ein Wort der Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik sprach. Es war eine einheitliche abfällige Kritik, von einer Schärfe, wie sie die Sozialdemokratie wohl noch nie erlebt hat. So abfällig sich alle über die Taktik der Sozialdemokratie aussprachen, so begeistert trat die Mehrheit der Delegierten für die wichtigste Forderung der Kommunisten, die Diktatur des Proletariats, ein. Deutlich war zu erkennen, wie tief der Kommunismus bereits in die Massen der Arbeiter eingedrungen ist, wie unerschütterlich fest er im Herzen des Proletariats sitzt. Aber dennoch waren es nicht Kommunisten, die die sozialdemokratische Politik verwarfen. Mit der Spaltung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten konnten sich die Delegierten nicht abfinden und das war der hauptsächlichste Vorwurf, der gegen den Kommunismus erhoben wurde. Noch ist die Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie nicht so groß, daß auch ihre Anhänger von der bloßen Kritik zur Tat, zum Sturze der bisherigen Parteipolitik und der Parteibureaucratie schreiten, aber der Weg dahin ist nicht mehr lang und dann wird sich das gesamte Proletariat unter der Fahne des Kommunismus wiederfinden.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Organisation der Arbeiterräte, referierte Friedrich Adler: Er erkannte das Verdienst der Kommunisten um die Bildung von Arbeiterräten an und verlangte, daß auch den Kommunisten die Wählbarkeit zuerkannt werde.

Genosse Schneider, der der einzige Kommunist auf der Konferenz war, verlangte, daß die Arbeitslosen das Recht erhalten, besondere Vertreter in die Räte zu entsenden. Dies wurde beschlossen und Genosse Schneider beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten, der die Durchführung der Wahl von Arbeitslosenvertretern ermöglicht.  
(Schluß folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck: „Merkur-druckerei“, Hansastraße 108, sämtlich in Bremen.